

Bezugspreis: Vierteljährlich 180.- M. monatlich 60.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Monatszeile kostet 18.- M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 8. Juli 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach allen Berichten aus dem ganzen Reich hat die Kundgebung für unsere gemeinsamen Forderungen zum Schutze der Republik am letzten Dienstag unter gewaltig gesteigerter Anteilnahme des arbeitenden Volkes stattgefunden.

Leider sind die Demonstrationen an einzelnen Orten durch Ausschreitungen gestört worden. Wir müssen feststellen und betonen, daß in diesen Fällen unsere

Warnungen vor Provokationen nicht genügend beachtet wurden. Insbesondere müssen wir es öffentlich verurteilen, daß Handlungen begangen wurden, die ein Hohn auf die jetzt so dringend nötige Einigkeit der Arbeiter sind.

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni gegenseitig verpflichtet: diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Jetzt verhandelt der Reichstag über die Gesetzesvorlagen, in denen unsere Forderungen verwirklicht werden können. Das Ergebnis dieser Beratungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, wird unsere weiteren Entschlüsse bestimmen.

Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die darauf ausgeht, sich selber im Gegensatz zur anderen als besonders eifrig hinzustellen, die Absichten der anderen aber herabzu-

setzen und zu verdächtigen, besondere Kampfmethoden zu propagieren und die Aktion entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen.

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen, zeigt denen die Tür, die jetzt in Wort oder Schrift Eure Einigkeit hören oder Euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen Forderungen und den von uns gemeinsam ausgeprochenen Parolen entsprechen.

Die kommunistische Partei hat sich geweigert, den vorstehenden Aufruf wie auch schon den gemeinsamen Aufruf vom 3. Juli, der vor Provokationen warnte, zu unterzeichnen.

Berlin den 7. Juli 1922.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Leipzig, Grafmann. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Kuhlhäuser, Söh. Stähr. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Müller, Braun. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Crispian, Dittmann, Ledebour.

Tatsachen!

Bei den Deutschmonarchisten ist nach dem ersten Schrecken die Freiheit wieder erheblich im Steigen. Man tut, als wüßte man gar nicht mehr, warum und weshalb Schutzgesetze für die Republik gemacht wurden, man spricht von „Angstgesetzgebung“, man markiert den gänzlich Unwissenden und Unbeteiligten.

Demgegenüber wollen wir hier einfach eine Anzahl Tatsachen zusammenstellen. Dies erscheint uns notwendig, weil in der Zeitung die Meldungen über Attentate, Geheimorganisationen usw. zeitlich nacheinander erscheinen und dem durchschnittlichen Leser immer nur der geringste Teil des Gesamtmaterials gegenwärtig ist.

Vorausgeschickt ist schließlich noch, daß bei der Weigerung der Deutschnationalen, selbst nachträglich zwischen sich und den Völkischen irgendeinen Trennungstrieb zu ziehen, auch die Taten sogenannter „völkischer“ Organisationen den Deutschnationalen vollinhaltlich zur Last fallen.

Im letzten Jahr (mit Ausnahme des letzten Monats, den wir besonders betrachten) hatten wir an politischen Mordtaten von rechtsradikaler Seite: die Ermordung des unabhängigen Führers Gareis, die Ermordung Erzbergers, ein mißglücktes aber lebensgefährliches Attentat auf Erhard Auer, wahrscheinlich kommt noch die Ermordung des jüdischen Bankiers Aronsfrau auf das gleiche Konto.

Allein im letzten Monat spielen folgende Gewalttakte: das mißglückte Blausäureattentat auf Scheidemann, die geglückte Ermordung Rathenau, das teilweise geglückte Attentat auf Harden, fünf Bombenanschläge in Hamburg gegen Arbeiterdruckereien, Arbeiterbuchhandlungen usw., ein Bombenanschlag in Mannheim gegen das dortige Volkshaus.

Man wird diese Serie planmäßiger und wohlvorbereiteter Gewalttaten für alles andere als gering ansehen können. Es ist hier keine Tat mit aufgeführt, die einer spontanen Erregung ihre Entstehung verdankt, sondern alles sind von langer Hand vorbereitete, mit kühlem Blut durchgeführte Verbrechen.

Aber das Bild nimmt noch ganz andere Dimensionen an, wenn wir von den zur Ausführung gelangten Verbrechen zu den Vorbereitungs-handlungen gehen, zu den Verschwörerorganisationen in denen Mord- und Gewalttat ausgeheckt, von denen Mörder gedungen und nach der Tat beschützt und begünstigt wurden.

Da haben wir zunächst die Geheimorganisation O mit dem Sitz München und zahlreichen Filialen im Reich. Daß der alleinige Zweck dieser Organisation die Vorbereitung von Attentaten war, kann nicht mehr bezweifelt werden. Durch Doppelmittelhaftigkeit der einzelnen steht diese Organisation in engster Verbindung mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Truhbund, mit dem Verband nationalgesinnter Soldaten, aber auch mit der Deutschnationalen Partei selber. Die Attentate Erzberger und Rathenau sind nur ihre Hauptverbrechen.

Gehen wir auf Einzelheiten ein: Der Mordgehilfe Günther gehörte an: dem Bund der Ausrechten, dem Deutschbund, dem Deutschnationalen Jugendbund und dem Deutschen Offiziersbund.

Die Brüder Ruchenmeister in Freiberg, die das Mordauto liefern — übrigens keineswegs „Dumme Jungen“, sondern Fabrikanten in gereiften Jahren — sind Vorkämpfer der dortigen deutschvölkischen Bewegung und Mitglieder des Schutz- und Truhbundes. Außerdem befindet sich in ihrem Gewahrsam ein Waffenlager von 150 Gewehren, zwei Maschinengewehren usw.

Die Lieferanten der Mord-Maschinenpistole in Schwerein sind ebenfalls Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes, und zwar in führender Stellung: Erich Bode ist Sekretär, Kemmann bezahlter Angestellter der deutschvölkischen Organisation.

In Hamburg wird als Urheberin der Bombenattentate und Mittäterin an dem Rathenau-Attentat eine rechtsradikale Geheimorganisation unter dem früheren Offizier Barnick festgestellt. Die Organisation hatte nicht weniger als zwölf Attentate gegen prominente Persönlichkeiten in Vorbereitung, sie steht mit der Organisation O und mit den Deutschvölkischen in engen Beziehungen.

In Oldenburg ist es der Vorsitzende der Deutschvölkischen Parteiorganisation für Oldenburg, der die Attentäter auf Harden mit 30 000 M. und weiteren Versprechungen materieller Natur — die Deutsch-

Um ein neues Moratorium.

Ausländische Pressestimmen berichten über einen bevorstehenden Schritt der deutschen Regierung bei der Reparationskommission zwecks Gewährung eines neuen Zahlungsaufschubes. Einzelne Meldungen sprechen sogar von einem bereits erfolgten Schritte Deutschlands in diesem Sinne.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, ist es richtig, daß die Reichsregierung einen solchen Schritt in der nächsten Zeit beabsichtigt. Der Grund für dieses neue Ersuchen Deutschlands um eine Verringerung des letzten Zahlungsplanes der Reparationskommission liegt in der seit der Ermordung Dr. Rathenaus geradezu verhängnisvollen Entwicklung unserer finanziellen Lage, die uns die pünktliche Erfüllung auch der verminderten Zahlungsverpflichtungen geradezu unmöglich macht.

Es haben bereits gewisse inoffizielle Besprechungen zwischen deutschen und alliierten Finanzfachverständigen hierüber stattgefunden, die in den nächsten Tagen in Paris fortgesetzt werden. Zu diesem Zwecke sind heute die Staatssekretäre Fischer von der deutschen Anleihekassenkommission und Schröder nach Paris abgereist. Vermutlich wird sich auch der Staatssekretär a. D. Bergmann, der sich gegenwärtig im Haag aufhält, ebenfalls nach Paris begeben. Dort werden die Herren inoffizielle Besprechungen mit einzelnen Mitgliedern der Reparationskommission zur Klärung einzelner Fragen führen. Sodann dürfte der offizielle Schritt der Reichsregierung erfolgen.

Es muß dabei gleich betont werden, daß der Grund zu diesem Schritte nicht in einer Verringerung unserer Außenpolitik, sondern ausschließlich in der Verringerung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Situation liegt, die am deutlichsten durch den neuen katastrophalen Sturz der Mark dokumentiert wird.

Die Besprechung beim Kanzler verschoben.

Die für heute vormittag 9 1/2 Uhr beim Reichskanzler angesetzte Besprechung mußte verschoben werden, da die meisten Anwesenden es für notwendig hielten, der zur gleichen Zeit angesetzten Sitzung des Rechtsausschusses beizuwohnen. Die Besprechung beginnt heute abend 5 1/2 Uhr.

Widerstände gegen das Schutzgesetz.

In das Gesetz zum Schutz der Republik soll auf einleitenden Beschluß des Ausschusses als § 16a folgende Schlusbestimmung aufgenommen werden:

In das Strafbuch wird als § 49b folgende Vorschrift eingefügt: Wer mit einem anderen ein Verbrechen des Mordes verübt, wird mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren, oder wenn eine Person aus Gründen, die in ihrer Stellung im öffentlichen Leben liegen, ermordet werden soll, mit Zuchthaus bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann auf Geldstrafe bis zu 5 Millionen Mark erkannt werden. Straffrei wird, wer freiwillig das Verbrechen verhindert oder seine Verhütung durch Anzeige bei der Behörde ermöglicht.

Bei der Beratung des § 2 ergaben sich so erhebliche Meinungsverschiedenheiten, daß auch dieser Paragraph einem Unter Ausschuß überwiesen werden soll. Als Beispiel für deutschnationalen Widerstand sei erwähnt, daß der Abg. Graef (Dnat. Vp.) einen besonderen Schutz auch für politische Parteien verlangte, die

auf dem Boden der Verfassung stehen, und dazu ausdrücklich und besonders die — Deutschnationale(!) Partei erwähnte.

Der § 3 des Gesetzes wurde mit einigen Änderungen von nicht grundsätzlicher Bedeutung angenommen.

Bei dem § 4, der den

Verlust öffentlicher Ämter, Dienstentlassung von Militärpersonen und Verlust des Ruhegehalts von Beamten und Militärpersonen betrifft, wenn sie schwer gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen, entwickelte sich eine lange Debatte, weil die Rechtsparteien durchaus Hochverrätern die Möglichkeit gewähren wollten, von derselben Republik Ruhegehalt zu beziehen, der sie mit Mitteln der Gewalt, des Mordes, der Geheimbünde und der Verleumdung das Grab schaufeln wollen.

Hoffmann-Roiserslautern, der in der Monarchie gemäßigter und zum Verlust der Pension verurteilt worden ist, nur, weil er sozialdemokratische Gesinnung hatte, konnte den Herren zu ihrer Verleumdung sich als lebendes Beispiel dafür vorstellen, wie sie früher über diese Fragen gedacht haben. Die Streitfrage wurde dem Untersuchungsausschuss überwiesen.

Zu einem bemerkenswerten politischen Zusammenstoß kam es, als der § 5 beraten wurde, der die

Einsetzung des Staatsgerichtshofes behandelt. Abg. Beyerle legte namens der Bayerischen Volkspartei feierlich Verwahrung gegen diesen „Eintritt in die Justizhoheit der Länder“ ein. Das sei eine Gewaltprobe, und es erhebe sich die Frage, ob dieser Teil des Gesetzes überhaupt durchführbar sei. Covi (l. Soz.) erklärte, diesen schweren innerpolitischen Geschehnissen müßten wir ins Auge sehen. Man müsse sowohl gegen die Deutschnationale geheime Agitation wie gegen die Sabotage des Reichsgesetzes durch Bayern vorgehen. Wenn es nicht möglich ist, die Reichsgesetze in Bayern durchzuführen, dann könnten wir den Bankrott anmelden.

Bell (Niz.): Zwar müsse man mit Konflikten zwischen Reich und Ländern wegen dieses Gesetzes rechnen, aber man solle doch nicht die Angriffe auf die Spitze treiben, sondern an Reich und Länder zur Verständigung appellieren. Bell schlägt dann vor, daß der Reichspräsident die Mitglieder des Staatsgerichtshofes nur nach Anhörung des Reichsrates ernennen soll.

Der Reichsjustizminister bat im Namen der Reichsregierung wiederholt, die Beratung des Gesetzentwurfs am Sonnabend abzuschließen.

Ernüchterung am Devisenmarkte.

Dollarpreis etwas gesunken.

Am Wochenschluß trat bereits im Vormittagsverkehr zwischen den Banken ein stärkeres Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Im offiziellen Verkehr an der Börse schwankte der Dollar zwischen 520 und 528. Er hielt sich schließlich etwa in der Höhe von 522. Dieses Nachlassen der Devisenhausse erklärt sich zum Teil daraus, daß den Hausseführern Geldmittel zur weiteren Befähigung fehlen. Außerdem wirkt natürlich die etwas ruhigere Beurteilung der politischen Verhältnisse auf das Geschäft zurück. Es scheint, daß das Ausland nicht gewillt ist, die Berliner Katastropheneinstimmung zu teilen. Es werden von den fremden Börsen verhältnismäßig höhere Marktkurse gemeldet, als man nach den Berliner Devisenkursen erwarten sollte.

Die Börse war heute sehr gut besucht, obwohl am Effektenmarkte ein offizieller Verkehr nicht stattfand.

nationalen nennen dies „jugendliche Idealisten“ — kauft und anwirbt. Er selber steht in enger Beziehung zu den ersten Führern der deutschösterreichischen Bewegung.

In Oldenburg begünstigt die Flucht eines Hauptbeteiligten am Erzberger-Mord der deutschnationalen Parteisekretär Landwehr und der deutschnationalen Fabrikant Mayer, beides Führer der dortigen deutschnationalen Bewegung.

In Gera wird die dortige Ortsgruppe des Deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes als eine Verschwörerorganisation entlarvt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Oberpostsekretär Fasbauer, ist der am schwersten kompromittierte.

In Magdeburg wird ein umfangreiches Waffenlager von 600 Gewehren, 16 Maschinengewehren usw. gefunden. Die Urheber bzw. Mitwisser des Waffenverkaufs sind der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei Landwehr, Major a. D. Schäfer, der deutschnationalen Stadtrat a. D. Drendmann sowie Mitglieder des Deutschösterreichischen Schutz- und Trugbundes und des Stahlhelms.

Diese kurze Zusammenfassung ergibt mit aller Deutlichkeit, daß keineswegs einzelne Personen, die sich in die Partei „eingeschlichen“ haben, sondern, daß die offiziellen Führer und Leiter der deutschnationalen und deutschösterreichischen Parteioptionen, Vorsitzende, Gauleiter, Parteisekretäre, Angestellte usw. gleichzeitig die Leiter der Mord- und Verschwörerorganisationen sind. Im Hintergrunde tauchen auch die Gestalten der höchsten Führer, der Reichstags- und Landtagsabgeordneten auf. Wenn diese zum großen Teil sich zu dem Treiben, das sie genau kannten, in vorfichtiger Distanz gehalten haben, so nimmt das keinen Kenner der Verhältnisse wunder. Auch im Kriege hat man üble Subjekte aller Art zu Spionage und Schlimmerem gebunden, aber natürlich dies stets so angefaßt, daß die bekanntesten und höchstgestellten Männer keine direkte Beziehung zu diesen Subjekten hatten. Sondern man hat die Sache durch Mittelsmänner gehen lassen, die man im Notfall verleugnen konnte. Deswegen haben die hohen Militärs doch genau gewußt, was vorging. Genau so ist es hier. Mit der direkten Aktion haben die Deutschnationalen die Führer ihrer Provinz- und Lokalorganisationen betraut, damit bei Aufdeckung des Treibens man den Hauptführern nichts nachweisen könnte.

Aber schon sind Anhaltspunkte dafür gegeben, daß auch deren Beteiligung weiter geht, als bloß bis zur duldenden Mitwisserschaft. Der deutschnationalen Abgeordnete Käbler sprach gestern von einem „eisernen Ring“, der die Deutschnationalen mit den deutschösterreichischen zusammenhalte. Dieser Ring hält, wie Genosse Heilmann treffend erwiderte, in der Tat Deutschnationalen, deutschösterreichische, Mordorganisationen und Mörder zu einer unauflösbaren Einheit zusammen.

Schon wieder vergessen . . .

Die demokratische „Frankf. Ztg.“ schreibt in ihrem heutigen Leitartikel zur Frage der Regierungsbildung:

„Die große Erschütterung, die durch das ganze Volk gegangen, scheint schon wieder vergessen zu sein. Der Reichstag der Unglücksstunden vom Juli 1920 scheint vergessen zu haben, daß er in den beiden gemäßigten Sitzungen am Mordtag und am Sonntag wirklich groß war. Das subalterne taktische Geschicks, das Schließen nach rechts und links beginnt wieder. Es handelt sich heute darum, den Schutz der Republik entschlossen durchzuführen. Statt dessen führt man Verhandlungen, schreibt man Briefe um die Umbildung der Regierungskoalition, zuerst zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen, was als Folge der seit langem vor sich gehenden inneren Auseinandersetzung der beiden Parteien zu verstehen ist, dann zwischen Zentrum, Demokraten und Volkspartei, was nun schon gar nicht mehr zu verstehen ist. Die Deutsche Volkspartei, die eifrig den verfassungsmäßigen Kampf gegen die Republik geführt hat, erstickt sich zur Koalition bereit, aber sie sagt kein Wort von der Republik! Der große grundsätzliche Fehler liegt beim Zentrum und

den Demokraten, die jetzt einen klaren Trennungsstrich zwischen bewußten Republikanern und offenen oder geheimen Monarchisten hätten ziehen müssen. Die gewaltige innere Spannung drängt auf eine Entscheidung hin.“

Es ist leider nicht anzunehmen, daß die klare Einsicht der „Frankf. Ztg.“ die demokratischen Abgeordneten wesentlich beeinflussen könnte. Diese Herren haben das große Talent, meistens das Gegenteil von dem zu tun, was im Augenblick das Richtige wäre.

Bremen sabotiert.

Bremen, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bürgerfraktionen der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen sandten folgendes Telegramm an den Reichsminister des Innern Dr. Köster: „Der reaktionäre, aus bürgerlichen Parteien gebildete Senat hat bisher keine wirkliche Ausführungsbestimmungen zu den Schutzverordnungen der Reichsregierung erlassen. Kein einziger monarchistischer oder rechts-politischlicher Verein wurde aufgelöst. Auch Organisation Consul, Stahlhelm, Bund der Aufrechten und Einwohnerwehr-Bereine nicht. Die Folge ist, daß in benachbarten Staaten aufgelöste Vereine von ihren bremischen Organisationen unterstützt werden und unter bremischer Bezeichnung in preußischen Orten verbotene Veranstaltungen abhalten. Waffenfunde in Bremer Backhäusern beweisen, daß die reaktionären Vereine auch über große Waffenmengen verfügen. Das reaktionäre Treiben gefährdet Bremens Wirtschaftsinteressen. Die unterzeichneten Landtagsfraktionen fordern sofortiges Eingreifen der Reichsregierung.“

Aufräumen!

Eberfeld, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Eberfelder Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Antrag der Sozialdemokratischen Partei gegen die Stimmen der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei mit 31 gegen 29 Stimmen, die „Kaiserstraße“ fortan „Walter-Rathenau-Straße“ zu nennen und alle wilhelminischen Wahrzeichen an öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Weitere Umbenennungen sollen durch die Baukommission erfolgen.

Ein Deutschnationaler!

Heidelberg, 3. Juli. Ein politischer Prozeß hat sich gestern vor dem Heidelberger Schöffengericht abgepielt, dessen Ausgang großes Aufsehen hervorrief. Der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Wager hatte gegen den Chefredakteur des „Heidelberger Tageblattes“ Dr. Otto Plesser Beleidigungsklage erhoben, weil das „Heidelberger Tageblatt“ in mehreren Artikeln geschrieben hatte, Wager hätte bei der Verkaufsvormittlung der Luftschiffhalle bei Lahr an die Firma Hannes gegen die deutschen Interessen gehandelt. Der Prozeß endete mit der Freisprechung Plessers und mit der Verurteilung Wagers zu 300 M. Geldstrafe wegen Beleidigung Plessers. In der Urteilsbegründung erklärte das Gericht, daß das Verhalten Wagers in der Angelegenheit des Luftschiffhallenverkaufs mit der nationalen Würde eines deutschen Abgeordneten unvereinbar sei.

Schlussarbeit im Landtag.

Der Breuchische Landtag erledigte heute in einer kaum zweifelhafte Sitzung eine recht umfangreiche Tagesordnung. Das Schutzpolizeigesetz, das zur zweiten Beratung stand, wurde angenommen. Dann folgte die debattierlose Erledigung einer ganzen Reihe von Gesetzesentwürfen. Unter ihnen befinden sich ein Gesetz betreffend die Aufstiegsmöglichkeiten der preussischen Beamten, ein Gesetz zur Behebung des durch Hochwasser geschaffenen Notstandes im Kreise Niederrhein, ferner ein Gesetz zur Bildung eines Ausgleichsfonds zur Hebung des Wirtschaftslebens der Provinz Ostpreußen. Ferner wurde das Gesetz über das Dienstverhältnis der Gewerbe- und Handelslehrer und Lehrerinnen an den Pflichtfortbildungsschulen geändert. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der die einheitliche Organisation des Stenographenwesens im ober-schlesischen Bergrevier bezweckt, wird angenommen, ebenso in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzentwurf zur Regelung von Grenzen von Bergwerksteuern.

jemand aus einer gewöhnlichen Stadt dem Prinzen geschrieben. Manchmal liest der Prinz die neueste Scherz-Woche und einen Roman von Rudolf Straß, auf daß er nicht hinter der Gegenwart zurückbleibe. An den fortwährenden Daten des täglichen Lokalanzeigers merkt der Prinz, wie die Zeit vorwärts geht.

Die Frauen im Lande lieben den Prinzen, feuch und ferne. Ihr Blick verweilt auf seinem Porträt in der illustrierten Zeitung länger als auf den Schnitten der Modetage. Sie finden ihn sogar interessanter als die Blauderei über die letzte Pariser Schußform (obwohl diese sich zum Laufenden und ohne jeden Bezug ist).

In Tagen, wie es zum Beispiel der Johannistag ist, teilt der Prinz Ritterschläge aus, ganz unisono, ohne andere entgegenzunehmen.

Er hat ein großes und gutes Herz, der arme Prinz.

Ein Gehprofessor.

Zu den Rostke und Schöfer, den Stuy und Bornhof gefüllt sich jetzt als weiterer nationaler Gehprofessor der Berliner Universität der Rechtsphilosoph Rudolf Stammler. Dieser Mann, dem die Ausbildung künftiger Verwaltungsbeamter und Richter anvertraut ist, brennt seine Vorlesungen und Übungen zu hinterhältigen und daher um so gefährlicheren Schmähungen der republikanischen Staatsform.

Unter dem Beifallsgeklapper der reaktionären Jugend spricht er verächtlich von der „Revolte vom November 1918“, von den „unseligen Ereignissen von November 1918, die unseren Rechtszustand um zwei Jahrhunderte zurückgeschoben haben“. Einzelnen Widerpruch verdirbt er sich mit der Begründung, daß man hier in einer wissenschaftlichen Lehranstalt sei und nicht in einer Volkerversammlung (!); er habe nur die „geistige Minderwertigkeit einer gewissen Bewegung“ wissenschaftlich und objektiv festgestellt. Seine Heberzeugung lasse er sich nicht nehmen, möge kommen, wer will. Weiter jammert dieser wackere Bantte der Republik über die verschwindende alte Männerrevue. Er wünscht die Zeiten zurück, in denen man noch einer Einzelperson, also dem Monarchen, Treue schwören durfte und nicht einem „toten Schemen“, einem „Haufen von Paragrafen“ (gemeint ist die Reichsverfassung).

Die wissenschaftlichen Lehren, die dieser Mann seinen Schülern vorträgt, stehen auf der gleichen Höhe wie seine politischen Kundgebungen. Die neuen Erscheinungen des Rechtslebens, das Arbeitsrecht und das Tarifvertragswesen, tut er mit einer Handbewegung ab: sie seien gar kein Recht, denn sie ruhen in das überlieferter Begriffs-system der Pandekten und des bürgerlichen Gesetzbuches nicht hinein!

Interessant ist übrigens auch die Erklärung, die dieser „Gelehrte“ für die jetzigen hohen Preise gibt. Er führt sie darauf zurück, daß die Kaufkraft der Massen und daher ihre Begehrllichkeit gestiegen sei. So sieht ein Mann aus, der unter den leuchtenden Ähren eines „republikanischen“ Kultusministers republikanische Beamte und Richter zu erziehen berufen ist. Bedauernswürdige Republik!

Leising-Theater. Für das sommerliche Leising-Theater hat Richard Kehler, sonst Operettenkomponist, mit leichter Hand den frühlichen Schwan „Der Schildpattkamm“ geliefert.

Das Haus nahm dann noch den Bericht des Ausschusses für Unterrichtsangelegenheiten betreffend die fachliche Durchbildung der Beamten des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes entgegen, stimmte ihm zu und vertagte sich dann auf Dienstag 1 Uhr. Am Dienstag soll die dritte Lesung der Gesetze zum Schutze der Republik vorgenommen werden.

Antikriegsschuldpropaganda in Frankreich.

Die französische Kammer hat beschlossen, die Tagesordnung über die Schuld am Kriege in allen Gemeinden Frankreichs anzuschlagen. Die Tagesordnung hatte, wie bereits berichtet, folgenden Wortlaut:

„Die Kammer weist mit Entschiedenheit und Verachtung die Verleumdungskampagne zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert und entwickelt worden ist, um Frankreich die Verantwortlichkeit für den Krieg aufzubürden, entgegen den offenen Tatsachen und den Eingeständnissen, wie sie im Versailler Vertrag niedergelegt und in der Sitzung des Reichstages vom 10. Mai 1921 bestätigt worden sind.“

Das Versailler Eingeständnis und die Reichstagsklärung vom 10. Mai 1921 sind auf den Druck der Entente zurückzuführen. Das wird heute selbst im Ausland zugestanden. Um so bezeichnender ist es, wenn sich die französische Regierung und der nationale Kammerblock dieser Argumente bedienen, um ihre Wähler von der Unschuld Poincarés am Kriege zu „überzeugen“.

Der erste Zusammenstoß im Haag.

Während die Verhandlungen im Haag bisher nichts von der erwarteten Atmosphäre in Genua zeigten, kam es gestern zum erstenmal zu einem Zusammenstoß, als der Belgier Gattier an Litwinoff ein Recht auf Rückgabe seines Eigentums habe. Der einseitige Besitzer sei der wahre Schöpfer der russischen Industrie gewesen. Die Sowjetregierung habe ihn wirtschaftlich ruinert, er könne also im kapitalistischen Wettbewerb nur aufzutreten wenn ihm Vorzugsrechte eingeräumt würden. Litwinoff versuchte dieser klaren Fragestellung zunächst auszuweichen, indem er sagte, Rußland könne überhaupt keine Antwort erteilen, ehe nicht die Kreditfrage gelöst sei. Rußland habe einen Anspruch auf Kredite als Entschädigung für die Schäden, die durch die gegenrevolutionären Bewegungen angerichtet worden seien. Der Engländer Lloyd Greame erwiderte, dieses Prinzip sei bereits in Genua abgelehnt worden. Von Staatskrediten an Rußland könne überhaupt keine Rede sein. Litwinoff erklärte darauf, das werde russischerseits als glatte Ablehnung aufgefaßt. Krassin fügte einem GG-Bericht zufolge hinzu, allgemeine Regeln für die Verleihung von Konzessionen könne man unmöglich aufstellen. Man müsse von Fall zu Fall entscheiden. Zusammenfassend müsse er betonen, daß er ebenso wenig wie Litwinoff ein Recht der ursprünglichen Besitzer auf ihr Eigentum anerkennen könne. Damit ist man an dem Punkt angelangt, der die Verhandlungen mit Rußland in Genua zum Scheitern brachte.

Ruck nach rechts in Holland.

Amsterdam, 7. Juli. (Niederländische Telegraphenagentur.) Nach den bisherigen nichtamtlichen Ermittlungen haben die Wahlen zur zweiten holländischen Kammer folgendes Ergebnis gehabt: 32 Katholiken, 16 orthodoxe Protestanten (Antirevolutionäre), 11 Christlich-historische, ein reformierter Protestant, d. h. 60 Angehörige der Rechten. Ferner sind gewählt 20 Sozialisten, 10 Liberale, 1 Rechtsliberaler, 5 Demokraten, 2 Kommunisten, 2 Mitglieder des Bundesbundes. Hiernach gewannen die Katholiken 2, die Orthodoxen 3, die Christlich-historischen 4 Mandate. Die Sozialisten verloren 2, die Liberalen 5, Keimere Gruppen 2 Mandate.

Der Schutz der Republik. Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die „Schlesische Tagespost“ wegen der in der Nummer vom 7. Juli enthaltenen Beleidigungen des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Boelitz, und des Reichsanzlegers für vier Wochen verboten.

Es handelt sich natürlich um einen Uebertret, der dadurch besonders interessant wird, daß der Sünder, ohne sein Wissen und in tiefer Rechtsunkenntnis, ihn mit der eigenen Gattin begeht. Dieses Mißverständnis bringt, ebenso natürlich, zwei Dutzend andere Mißverständnisse, über die der Zuschauer lacht, zumal alles sehr hübsch pointiert und mit guten Witzen ausgestattet ist. Der Schwankverfasser hat an tausend Stellen gelernt; er bietet alle seine Gelehrtheit erfreulich dar. Nur fragt man sich, was diese Liebeswelt, die sich auf der Sommerbühne gezeigt wird, eigentlich mit dem wirklichen Leben zu tun hat. — Im Leising-Theater spielt man den Schwank sehr munter, sogar künstlerisch. Kitty Wendenbach, Fräulein Christians, Alfred Haase, Ernst Brückl und Harry Halm, der talentierte Sohn eines bewährten Theatermannes, amüsieren sich selber sehr gut, da sie bei diesem Stück mithelfen. M. H.

Glückliches England! Jeder, der bei uns mit Ungeduld am Telefon darauf wartet, daß sich das Amt melde, muß England glücklich preisen, denn dort sind die Verhältnisse augenblicklich sehr viel besser. Wenigstens erklärte der britische Generalpostmeister Kellaway im Unterhause, er habe in den verschiedenen Teilen des Landes Proben gemacht, wie schnell der Teilnehmer Anschlag bekommt. Die Proben wurden selbstverständlich ausgeführt, ohne daß das angerufene Amt eine Ahnung davon hatte. Es wurde die Zeit gemessen von dem Augenblick, wo der Hörer abgenommen wird, bis zu dem, wo das Amt sich meldet. Dabei ergab sich, daß diese Zeit in Aberdeen 4 Sekunden betrug, in Edinburgh 4,1 Sekunden, in Glasgow 5,3 Sekunden, in Liverpool 6 Sekunden, in London 6,1 und in Manchester 6,4 Sekunden. Diese Ziffern wurden als Durchschnitt aus sehr zahlreichen Prüfungen in den verschiedenen Städten erhalten.

Butter von einem Fisch. Die Indianer von Britisch-Kolumbien und Alaska gewinnen ihre Butter von einem Fisch, der „Colligan“ genannt wird. Es ist zwischen 6 und 8 Zoll lang und sehr fett. Jeder Sommer taucht dieser Fisch vom Ozean in die Flüsse hinein, um zu laichen, und Millionen dieser Tiere werden dann gefangen. Die Fische werden zunächst in Holzlisten geworfen, wo sie einige Tage an der Sonne liegen. Dann tut man sie in große Holzbockische, die mit Wasser gefüllt sind. Das Wasser wird durch heiße Steine, die man hineinwirft, erhitzt. Diese primitive Art des Feigens soll nach der Ansicht der Eingeborenen sehr viel zu der Güte der Butter beitragen. Wenn nun das Fett der Fische in den Bockischen emporsteigt, wird es abgeschöpft. Es wird sehr hart und hat das Aussehen von Teig. Es soll aber fast so wie Butter schmecken, nicht den leiblichen Fischgeruch haben und mit seiner weißen Farbe sehr appetitlich aussehen. Die Indianer verpacken die Butter in Holzlisten und bewahren sie in großen Mengen auf, um sich das ganze Jahr davon zu nähren.

Hrania-Verträge. Saml.: Am Schwertwald (nach 4/); Thüringen, Land und Leute; Kont. Dienst.; Der Sinken-Rilm; Saml.: Das schöne Schwabenland; Saml.: Die malerische Mark; Saml.: Frühling am Redar; Saml.: Die Insel Rügen.

Der Prinz.

Von Joseph Rath.

Der Prinz lebt in stiller Abgeschlossenheit, der Arme.

Kraftige Kastanienbäume umrunden seine Villa. Auf acht geräumige Zimmer ist seine Abgeschlossenheit beschränkt. Nur ein Reitpferd sieht ihm zur Verfügung. Und ein einziges Auto. Das Auto ist grau lackiert und weiß gepolstert. Auf schwellenden Pneumatik sedert es durch das Land, das den Prinzen umbebt. Gänge legen kreisförmig über den Weg. Hunde bellen, respektlos und ohne Sinn für Vergangenheit. Auf hohen Baumgipfeln arbeiten Maurer und Holzer, beneidenswerte Menschen. Im Schweige ihrer Angesichter blicken Männer Respektlos für Schütterungen, so sehr mit den stehenden Steinen beschäftigt, daß sie nicht einmal grüßen. Armer Prinz!

Im Sommer steht der Prinz um acht Uhr auf, im Winter schon um neun. Im Sommer frühstückt er in der Veranda und des Winters im Bett. Goldgelbe Butter frühstückt er mit degustativen höchstgelegenen Händen auf silbernen Präschen. Der schweißglatte Hof, ein personifiziertes Stück Stille, sozusagen eine bestrahlte Abgeschlossenheit, gießt Kaffee aus silbernen Rännchen in Rosenhalber Tassen. Der genügliche Prinz greift die Tassen nur mit vier Fingern und spreizt den fünften, ließen ganz weit und vornehm weg.

Belagerte Gewebe starren von den Wänden des Jagdzimmers. Von allen für den Prinzen gefallenen Liebesweiden befinden sich in seiner Wohnung nur die Häupter der Hirsche und Rehe. In ihre künstlichen Glasosen legte der verständliche Optiker einen frommen Ausdruck von Untertanendemut. Die Tiere erinnern in ihrem feierlichen Blick an ausgemusterte und von einer Höheit angeproben Rabatten.

Nach dem Frühstück reitet der Prinz. Er reitet immer denselben Weg und immer zum Zwecke der Verdauung und der Appetitanregung. Zwanzig Meter in der Runde reitet bei des Prinzen bekannem Trabgeräusch den Förstern und Oberförstern der Hirschschlag aus. Ein glühiges Gesicht treibt manchmal einen von ihnen vor die Pferdehufe. Dann schlagen sie die redlichen Jägeraugen auf und grüßen. Es geht nichts über Waldmanntreue.

Zu Mittag ist der Prinz im Speisesaal ein bescheidenes Menü, nur aus vier Gängen. Was ihm nicht schmeckt, muß er stehen lassen, der Arme. Dem Prinzen schmeckt manchmal etwas nicht.

Am Rachmittag schläft er auf einem ganz gewöhnlichen Büschel.

Dann kommt, zweimal in der Woche, ein General aus Berlin mit Befehlensproben herein. Auf dem Schilde des Generals stehen alle kurzgeschorenen Haare aufrecht vor dem Prinzen. Jedes einzelne Haar nimmt Stellung.

Der Prinz und der General plaudern von Vergangenheit und Zukunft. Der Prinz leuchtet der General respektvoll. Er kommandiert: Sage zur Parade, er präsentiert Meinungen.

Der Prinz hat loyale Briefe zu beantworten und Büschelreiben. Diese Sendungen kommen immer aus „Gauen“. Noch nie hat

Die deutsch-völkischen Mordanschläge.

Vom Deutschen Treubund und dem Anschlag auf Harden.

Eine Sonderausgabe der P.M. meldet:

Nach dem Anschlag auf den Schriftsteller Maximilian Harden ist es der Polizei bekanntlich sehr rasch gelungen, als Täter den landwirtschaftlichen Beamten Herbert Weichardt in Oldenburg und den Kaufmann, ehemaligen Oberleutnant, Walter Antermann in Oldenburg festzustellen und Weichardt festzunehmen. Die Wohnungen der beiden Täter wurden sorgfältig durchsucht. Dabei fand sich in einem Koffer ein in viele Stücke zerschnittenes Telegramm, das zusammengesetzt und entziffert wurde und darauf hinwies, daß als Anstifter des Anschlags der Inhaber eines bestimmten Postfachkastens in Oldenburg in Frage käme. Kriminalbeamte begaben sich im Flugzug dorthin, ermittelten den Inhaber des Postfachkastens und nahmen ihn und seine Frau fest. Der Ergriffene leugnete zunächst, brach aber zusammen, als man ihm das von ihm abgeforderte Telegramm vorhielt. Er gestand nunmehr seine Beteiligung an dem beschriebenen Mord ein. Es ergab sich die folgende durch die weiteren Erhebungen als richtig bestätigte Sachverhalt:

Es handelt sich um einen gewissen Albert Wilhelm Grenz, der sich als Verlagsbuchhändler bezeichnet, aber in Wirklichkeit nur einen Handel mit antisemitischen Schriften betreibt. Grenz ist

Leiter und Vorsitzender der deutsch-völkischen Bewegung und Organisation in Ostpreußen. Er ist auch Vorsitzender eines deutschen Treubundes, zu dessen Tätigkeit es zu gehören scheint, daß die männlichen und weiblichen Mitglieder sich miteinander nackt photographieren lassen. Wenigstens wurden bei Grenz große Stapel von Nacktphotographien der Mitglieder dieses deutschen Treubundes aufgefunden. Außerdem fand man bei Grenz eine Liste sämtlicher in Oldenburg wohnender Juden und andererseits eine Liste aller deutschvölkischen Anhänger, die zu antisemitischer Tätigkeit bereit wären.

Grenz gab an, daß er Anfang März dieses Jahres einen Brief erhielt, der den Poststempel München trug und ohne Ortsangabe und Anschrift, mit Schreibmaschine geschrieben, folgendes enthielt:

„Sie sind uns als ein tatkräftiger völkischer Kämpfer bekannt und kommen nun mit dem Ersuchen an Sie heran, ob Sie bereit sind, etwas Besonderes für die völkische Sache zu tun. Wir sehen dies voraus und fragen an, ob Sie für politische Arbeit zwei junge talentvolle Männer wissen, die bereit sind, für ihr Vaterland alles zu tun. Ihre Sicherstellung würde erfolgen. Antwort umgehend unter A. W. G. 500 Hauptpostamt München.“

Der Brief trug keine Unterschrift, sondern lediglich einen mit der Hand mit Tintenschreibmaschine gezogenen fünfzähligen Fingerring. Grenz wandte sich darauf an Weichardt, der sich ohne längerer Besinnen bereit erklärte. Er kam alsbald mit Antermann, dem dem Grenz als Führer der Oldenburger Jungmänner bekannt war, zu Grenz und erklärte sich bereit, auf den Vorschlag einzugehen. Daraufhin schrieb Grenz an die angegebene Adresse, er könne die freudige Mitteilung machen, daß er zwei brave deutsche Männer gefunden habe, die sich zur Verfügung stellen. Er bitte um baldige weitere Mitteilung, da die Herren Stellung, und mitteilen zu seien. Nach dieser Brief war mit Schreibmaschine ohne Ortsangabe und Unterschrift geschrieben und wurde in Oldenburg zur Post gegeben. Schon nach drei bis vier Tagen kam aus München die Antwort, äußerlich in derselben Form wie der erste Brief:

„Haben Sie diesen herzlichsten Dank für das Schreiben und sagen Sie auch Dank den beiden Männern. Begeben Sie sich sofort nach Frankfurt a. M., dort hauptpostlagernd A. W. G. 500 weitere Nachricht für Sie.“

Der Brief war wieder mit dem Fingerring unterzeichnet. Grenz fuhr nun sofort nach Frankfurt und holte dort den unter der angegebenen Chiffre lagernden Brief ab. Wieder in der gleichen Form lautete er:

„Haben Sie Dank für die bereitwillige Zurverfügungstellung. Es handelt sich um Erledigung der in anliegendem Zettel genannten Persönlichkeiten. Zur Ausführung liegt eine Summe bei, die Sie so verteilen wollen, daß Sie Ihre Reisekosten decken. Verhältnismäßig annehmend. Gleichzeitig wollen Sie die beiden Leute förmlich verpflichten (die Art und Weise bleibt Ihnen überlassen). Weitere Nachrichten erhalten Sie von Zeit zu Zeit. Nach Ausführung der Tat würde Ihnen beiden Leuten eine weitere Summe gezahlt werden, welche die anliegende erheblich übersteigt. Außerdem wird beiden Leuten, falls sie Wert darauf legen, durch Vermittlung

Anstellung im bayerischen Staatsdienst in Aussicht gestellt.“

Dem Briefe lagen 23- oder 25 000 M. in bar bei, ein Zettel, der in Schreibmaschinenschrift nur die Worte Maximilian Harden enthielt, und ein Zettel mit folgenden Verhaltensregeln: Keine Briefe und keine Telegramme senden, tunlichst Auto benutzen, nicht viel reden, alles auf die Sache Bezugslose vernichten, nach der Tat nach verschiedenen Himmelsrichtungen auseinandergehen. Mit diesem Material fuhr Grenz nach Oldenburg zurück und benachrichtigte die beiden in Aussicht genommenen Täter. Er verpflichtete sie in seiner Wohnung durch Handschlag förmlich und machte sie darauf aufmerksam, daß den

Verleitet die gleiche Strafe treffen würde, die Maximilian Harden zugebracht sei. Man schüttelte sich die Hand und wusch, was geschehen sollte.

Antermann erhielt 10 000 M., Weichardt 7000 bis 8000 M.

Beide versprochen sofort abzureisen, was sie auch binnen drei Tagen taten. Nachrichten sollten nicht gegeben, der Auftrag vielmehr so rasch wie möglich ausgeführt werden, entweder noch Ende März oder Anfang April. Die Ausführung wurde jedoch von Weichardt und Antermann verzögert, die mit dem erhaltenen Geld in Berlin zunächst ein zügelloses Luderleben begannen und bald in allen Biers des Westens bekannt waren. Sie verkehrten dort allerdings unter falschen Namen, besonders Antermann nannte sich stets Hagen. Auch die Briefe, die er an Grenz nach Oldenburg schickte, waren Hagen u. Comp. unterzeichnet. Sie waren ganz im geschäftlichen Stil gehalten, und der letzte wohl schon nach der Ermordung Rathenaus geschriebene Brief, die Antwort auf ein letztes zur Tat mahnendes Telegramm an Grenz, lautete dahin, daß trotz der ungünstigen Konjunktur das Geschäft binnen kurzem perfekt gemacht werden würde. Nur rechte man dann auch auf prompte Juchhaltung der von der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vorgang sich im wesentlichen so abgespielt hat. Die Umstände des Verbrechens sind völlig aufgeklärt bis zu den Spuren, die nach München führen. Dort hat sich bisher noch nichts weiteres feststellen lassen.

Reaktion in den Auslandsvertretungen.

Aus Barcelona schreibt uns ein dort lebender deutscher Genosse:

Am Dienstag, den 27. d. M., mittags 2 Uhr, fuhr ich zum Generalkonsulat in Paseo de Gracia, um mich zu überzeugen, ob man dort zu Ehren des ermordeten Außenministers Dr. W. Rathenau an dessen Beerdigungstage die Reichsflagge auf Halbmast gehißt habe — es war natürlich nicht der Fall.

Nach dem amtlichen „Handbuch für das Deutsche Reich, 1922“ ist ein Herr v. Haffel deutscher Generalkonsul in Barcelona. Dieser Herr muß für die uns mitgeteilte grobe Pflichtverletzung verantwortlich gemacht werden. Die reaktionäre Bestimmung eines großen Teils der Auslandsdeutschen ist nicht zuletzt auf die vornehmlichlichen Anschauungen vieler unserer offiziellen Vertreter im Auslande zurückzuführen. Das wird nicht besser werden, solange nicht ein paar Exemplare statuiert werden. Je weiter die Herren Gesandten und Konsuln von der Heimat entfernt sind, desto ungenierter glauben sie oft ihre Mißachtung für die republikanische Staatsform und deren Einrichtungen bekunden zu können. Insbesondere die meisten südamerikanischen Vertretungen des Deutschen Reiches sind, wie aus mehreren uns in letzter Zeit zugegangenen Zuschriften hervorgeht, eine Brutstätte der Reaktion. Hier muß ebenfalls durchgegriffen werden, wobei allerdings zugestanden werden muß, daß eine solche Reinigungsaktion eine gründliche Säuberung des Berliner Auswärtigen Amtes von jenen zahlreichen aus dem alten Regime übernommenen Existenzen voraussetzt, die für die Pflege der alten Tradition und des alten Geistes hartnäckig sorgen.

Terror in Polnisch-Oberschlesien.

Beuthen, 8. Juli. (M.B.) Der polnische Terror in Polnisch-Oberschlesien gegen die deutschen Beamten und Arbeiter hat zur Stilllegung einzelner Hütten und Grubenanlagen geführt. So wurde gestern der Betrieb der Königs- und Laurahütte eingestellt, weil die deutschen „Zestellten“ von ihren Arbeitstätigkeiten vertrieben worden sind. Aus den Südkohlenwerken in Chorzow droht dasselbe Schicksal. Die gleichen Zustände herrschen auf der Ragngrube und der Gräfin-Baurogrube sowie der Baildonhütte.

Abrüstung?

Nur Abrüstungskommissionen.

Paris, 7. Juli. (M.B.) Der vom Völkerbund eingesetzte Ausschuss zur Herabsetzung der Rüstungen hat heute seine Tagung beendet. Um die praktische Anwendung der Grundzüge eines allgemeinen Plans gegenseitiger Verrückung, der als Grundlage für die Abrüstung dienen soll, zu prüfen, ist eine technische Unterkommission gebildet worden, der angehören Lord Robert Cecil, die Generale Inoco und Mariotti, Oberst Requin und Lohner sowie Kanst. Dieser Ausschuss soll in Gemeinschaft mit dem beratenden Ausschuss für militärische und maritime Fragen den Entwaffnungsplan von Lord Cicher prüfen. Endlich hat die Kommission der maritimen Sektion des konsultativen Ausschusses die Abrüstungspläne für die Marine überreicht, die Marquis de Saluzzo und Oberst Requin unterbreitet wurden und die denen ähnlich sind, die Konteradmiral Seagrave gestellt hat. Am Schluß der Beratung ergreift Lord Robert Cecil das Wort, um zu erklären, die Kommission habe wesentliche Vorarbeiten geleistet und durch ihre Tätigkeit die Umstände und die Bedingungen geschaffen, die zur Herabsetzung der Bewaffnung führen könnten. Die Aufgabe

bleibe schwierig und verwickelt. Trotzdem könne die Kommission hoffen, im Monat September der Versammlung des Völkerbundes Material vorzulegen, das ohne Zweifel nicht gestatten werde, einen wirklichen Abrüstungsplan aufzustellen, das aber erlauben werde, die Grundsätze hierfür festzulegen. Auch Bissani drückte seine Befriedigung über die von der Konferenz geleistete Arbeit aus. Man habe einige Schritte voran getan. Die Arbeit des Völkerbundes auf dem Gebiete der Entwaffnung sei vielleicht die größte Anstrengung, die bis jetzt unternommen worden sei.

Ein Appell Maxim Gorkis.

Maxim Gorki hat unter dem 3. Juli aus Deutschland, wo er sich gegenwärtig zur Kur aufhält, folgendes Schreiben an Anatole France gerichtet:

„Verehrter Anatole France! Das Gericht über die Sozialrevolutionäre hat den zynischen Charakter einer öffentlichen Vorbereitung zur Ermordung von Menschen angenommen, die der Sache der Befreiung des russischen Volkes aufrichtig gedient haben. Ich bitte Sie dringend: wenden Sie sich noch einmal an die Sowjetregierung mit dem Hinweis auf die Anzucht dieses Verbrechens. Vielleicht wird Ihr gewichtiges Wort das kostbare Leben von Sozialisten retten. Ich überende Ihnen anbei einen Brief, den ich an ein Mitglied der Sowjetregierung gerichtet habe.“

Herzlichster Gruß. M. Gorki.

Die Anlage enthält die Abschrift eines Briefes Gorkis vom 1. Juli 1922 an A. A. Rykow, der bekanntlich neben Jurjupa den stellvertretenden Vorsitz im Moskauer Räte der Volkskommissare führt. Dieser Brief lautet:

„Alexej Iwanowitsch! Falls der Prozeß der Sozialrevolutionäre mit einer Ermordung abschließt, so wird dies ein Mord mit Vorbedacht, ein verabscheuungswürdiger Mord sein. Ich bitte Sie, diese meine Meinung L. Trotski u. a. mitzuteilen. Ich hoffe, Sie werden sich über meine Worte nicht wundern, da Sie ja wissen, daß ich während der ganzen Revolution unzählige Male der Sowjetregierung erklärt habe, daß ich die Ausrottung der Intellektuellen in unserem ungebildeten und kulturarmen Lande für eine Sinnlosigkeit und ein Verbrechen halte. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Sozialrevolutionäre ermordet werden, diese Gräueltat eine moralische Blockade Rußlands von Seiten des sozialistischen Europas hervorrufen wird.“

Der Platz der Republik.

Jede staatliche Um- und Neuordnung sollte es mit sich bringen, daß eiliche Duzend alte Typen abgehandelt, die veralteten Verändern der Bürokraten recht tüchtig ausgedeutet und in allen Kanzielen, Bureau, Schreibstuben, Amtszimmern und Registraturen recht gründlich gereinigt und geküsst wird, damit auch einmal ein Geruch der neuen Zeit in diese dem Leben oft so fremden und entfernten Räume dringt. Von diesem Recht ist seit dem 8. November in Deutschland, besonders aber in Berlin, recht sparsam Gebrauch gemacht worden. Wie wenig die Gegenseite diese anständige Gesinnung der echten Republikaner zu würdigen weiß, haben u. a. auch wieder die letzten Verhandlungen des Stadiparlaments bewiesen, in denen für die selbstverständlichen Forderungen der drei Linksparteien nach Entfernung von Bildern und Büsten der Monarchen sowie Lindendorfs und Hindenburgs aus städtischen Amtsgebäuden und Schulen weder Demokraten noch Zentrum zu haben waren. Vier Jahre aber sind seit der Revolution bald verstrichen und wir müssen uns immer noch Kaiser-Wilhelm-Straßen und -Plätze und die sonstigen in Straßennamen niedergelegten Erinnerungen an die Hohenzollern und ihren An-

hang gefallen lassen. Wir haben in Berlin noch immer keinen „Platz der Republik“, keine „Straße der Freiheit“, keinen „Platz des deutschen Volkes“. An die großen Führer wie Marx, Engels und Bakunin, an Bede, Niebuhr, Singer usw. erinnert noch immer kein Straßenzug in diesem ganzen riesengroßen Berlin. Es wird nun keinen einflussreichsten Bürokraten geben, der nicht in der Lage wäre zu beweisen, daß „das eben nicht so schnell geht“, daß „dazu sehr umständlich und auch schwerwiegende Änderungen in den Grundbüchern vorgenommen werden müssen“ und was dergleichen Redensarten mehr sind. Das Begehren des Volkes aber wünscht ein baldige Aenderung, und am besten wird es wohl sein, wenn das Volk selbst in der Weise den Anfang macht, daß es in Zukunft keine Veranstaltungen, um nur ein Beispiel zu nennen, den Behörden gegenüber im Lustgarten macht, in seinen eigenen Arrangements diesen Platz ganz einfach als „Platz der Republik“ bezeichnet. Der Lustgarten war vor Jahrhunderten Stadtpark, Eigentum, ist den Berlinern von den Hohenzollern weggenommen und Lustgarten gekauft worden. Seht nach der Platz wieder o Berlin und das Volk zurückkehren als „Platz der Republik“. Der jetzige Königsplatz könnte dann der „Platz des deutschen Volkes“ um so eher werden, als im Giebelfeld des Reichstages mit der Aufschrift „Dem deutschen Volk“ bereits der Hinweis auf die richtige Benennung des Platzes gegeben ist.

„Außerordentliche Disziplin der Massen“.

Der Polizeichef von New York zur Demonstration.

Am Tage der Berliner Reichsdemonstration befand sich der Polizeichef von New York, Richard Enright, in Berlin und hatte als Gast der „Europäischen Film-Werbung G.m.b.H.“ Gelegenheit, vom Dache des Hauses an der Gedächtniskirche die riesenhafte Demonstration der Berliner Arbeiterschaft in Augenschein zu nehmen. Er erklärte, daß er mit höchster Bewunderung die außerordentliche Disziplin der Massen, und zwar der größten Menschenmassen, die er in seinem Leben gesehen hat, sah und daß er diese polizeiliche Ordnung um so mehr bewundere, als er vor Jahren als einfacher Polizist in New York gerade mit der Ordnung der Mengen zu tun gehabt hätte. Mr. Enright und seine Begleitung erklärten, daß sie einen gewaltigen Eindruck mit nach Hause nehmen.

„Märkische Heimstätte“.

Alle Bemühungen, die Wohnungsbaufähigkeit wieder in Gang zu bringen, konnten bisher nur geringen Erfolg haben. Die Baukosten sind heute so hoch, daß selbst für ein bescheidenes Einfamilienhaus nur noch ein wohlhabender Mann ohne Beihilfe die Mittel aufzubringen vermag. Zur Erleichterung der Baugeldbeschaffung, die jetzt wichtiger als je ist, wurden seit 1918 die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften geschaffen. Ueber deren Mitarbeit in dem Kampf gegen die Wohnungsnot sprachen in einer von der Gesellschaft „Märkische Heimstätte“ für die Presse veranstalteten Sitzung der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften Dr. Ziffeler und der Geschäftsführer der „Märkischen Heimstätte“ Architekt Zettler.

In den Wohnungsfürsorge-Gesellschaften, die je eine Provinz umfassen und danach „Märkische Heimstätte“, „Pommersche Heimstätte“ usw. genannt werden, sind Anteilhaber der Staat, die Provinzen, Kreise, Städte, Landesversicherungsanstalten, Baugenossenschaften, Industrie-Unternehmungen. Diese Gesellschaften sollen hauptsächlich die Baugenossenschaften unterstützen, die zwar vor dem Kriege praktische Erfolge hatten, aber schon damals oft unter Kapitalmangel litten. Sie geben Kredit, beschaffen Baustoffe, gewähren Bau- und Finanzberatung, übernehmen auch völlige Finanzierung von Bauten der Genossenschaften usw. Auch Kreis- und Provinzgenossenschaften, kleine Gemeinden, industrielle Unternehmungen usw. suchen die Hilfe der „Heimstätten“.

Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft für Brandenburg mit Berlin ist die „Märkische Heimstätte“, deren Zufuhrbezeichnung „Siedlungsbank für Groß-Berlin und Brandenburg“ zeigt, daß sie besonders die Finanzierung von Wohnungsbauten betreiben will. Die „Märkische Heimstätte“ half aber auch durch eigene Bautätigkeit die Mehrzahl der Wohnungen fördern. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf 60 Gemeinden und Städte der Provinz Brandenburg. Mit knapp 13 Millionen Mark Stammkapital, das hauptsächlich der Staat Preußen, die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin zu etwa gleichen Teilen hergaben, hat die „Märkische Heimstätte“ in drei Jahren 1200 Wohnungen gebaut oder finanziert, und wegen weiterer 300 Wohnungen wird noch verhandelt.

Den Vorträgen folgte eine Besichtigung der größtenteils schon fertigen Siedlung Eichkamp und einer entstehenden neuen Siedlung bei Siemensstadt. In der Siedlung Eichkamp hat die „Märkische Heimstätte“ selber bisher 108 kleine und mittlere Wohnungen in Einfamilienhäusern gebaut, und weitere 34 Wohnungen sind in Angriff genommen. Bei Siemensstadt hat sie als Geschäftsführerin einer „Wohnungsgesellschaft Siemensstadt“, die für die Bedürfnisse der Siemenswerke sorgen will, an der Finanzierung mitgewirkt, und die Baupläne geprüft. Hier werden teils in Einfamilienhäusern teils in mehrgliedrigen Stockwerkhäusern 161 Wohnungen geschaffen, die nicht „Werkwohnungen“ sind, sondern auch von nicht in den Siemenswerken beschäftigten Mietern bewohnt werden können.

Erfolgreiche „Blutauskontrolle“

Ein gefährlicher Heiratsschwindler, der seit einiger Zeit sein Unwesen trieb, wurde von der Kriminalpolizei endlich unschädlich gemacht.

Ein junger Mann, der sich bald Baron von Bantel, bald von Echhof, bald Freiherr von Edstein nannte, näherte sich heiratwilligen, besonders älteren Witwen und Wäbchen und stellte sich ihnen als Generaldirektor, Generalingenieur oder Oberingenieur vor. Er erzählte ihnen dann allerlei von einem bedeutenden Veltin, den er als Direktor in Nürnberg oder sonst einer Stadt in Süddeutschland zu übernehmen im Begriffe stehe. Dabei zeigte er auch Briefe, die seine Behauptungen zu bestätigen schienen. Die Bräute mußten natürlich nicht, daß er sie selbst für seine Schwindelzwecke geschrieben hatte. In der Regel spielte in seinen Vorlesungen eine Ueberkennzentrale, die in Konturs geraten war, eine Rolle. Der Konturs hatte den Generaldirektor gezwungen, einen neuen Posten zu übernehmen, zunächst aber auch in Vertretung gebracht, weil er sein in das Unternehmen hineingestecktes Kapital oder seine letzten Gehaltsbezüge erst nach Beendigung des Kontursverfahrens herausbekommen könne. Die Bräute, die vornehmlich nichts wußten, holten ihm gern aus und gaben dafür nicht nur ihr bares Geld, sondern auch noch ihre Schmuckstücke her. Einige nahm er auch nach der Stadt seiner angeblichen künftigen Tätigkeit mit, um ihnen schon im voraus die neue Heimat zu zeigen. Jeden Morgen verließ er dann das Hotel, „zu Konferenzen“ und kehrte erst abends zurück. Wenn dann die Mittel des Opfers erschöpft waren, so ließ er es im Hotel sitzen und fuhr nach Berlin zurück, um ein neues auszudeuten. Trotz aller Nachforschungen war der Schwindler nicht zu fassen, bis jetzt endlich eine Spur nach einer großen Laubentfontäne führte. Hier traten nun Beamte als Blutauskontrolleure auf, und so gelang es ihnen, den „Baron von Bantel“ zu ermitteln und festzunehmen. Er entpuppte sich als ein Elektrotechniker Fritz Köhler. Der Verhaftete hat ohne Zweifel noch viel mehr auf dem Kerbholz, als man bis jetzt weiß. Betrogene Witwen und Wäbchen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei Kommissar Kuhn im Zimmer 154 des Polizeipräsidiums melden.

Hamburger Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Der Hamburger Senat hat wohl als erste Landesbehörde eine Verordnung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes bekanntgegeben. Sie datiert bereits vom 21. Mai und ist in Nr. 64 des Hamburger Gesetz- und Verordnungsblattes abgedruckt. Danach gilt für das hamburgische Stadtgebiet ein Zuschlag von 500 Proz. zur Grundmiete. Diese 500 Proz. dienen aber lediglich zur Abgeltung der Betriebskosten und der Kosten für die laufende Instandhaltung. Die Kosten für die großen Instandsetzungsarbeiten werden im Einzelfall auf Anrufen des Vermieters vom Mieteeinigungsamt (in Hamburg heißt es nicht „Mieteeinigungsamt“) festgesetzt. Diese 500 Proz. sehen aber nach mehr als als wirtschaftlich der Fall ist, denn sie sind kein Zuschlag zur Friedensmiete, sondern zur sogenannten Grundmiete. Diese Grundmiete wird nach der gleichen Verordnung in der Regel durch einen Abzug von 40 Proz. von der Friedensmiete ermittelt, sofern nicht in der Friedensmiete die Vergütung für besondere Nebenleistungen enthalten war und deshalb ein höherer Abzug (im Höchstfall bis zu 87 Proz.) begründet ist. Nimmt man den Normalausfall eines Abzugs von 40 Proz., so ergibt sich bei einer Friedensmiete von 100 eine Grundmiete von 60, also unter Zurechnung der Steigerung von 500 Proz. ein Plus von $5 \times 60 = 300$ M., mithin eine gefällige Miete von 360 M., d. h. eine Steigerung gegenüber der Friedensmiete von 260 Proz. ausschließlich der großen Reparaturen.

Berliner Feuerlöschhilfe für Senftenberg.

Die Grube Marie III in Senftenberg der Braunkohlengesellschaft Ise, ein Tagebau, steht seit einigen Tagen in großer Ausdehnung in Flammen. Die Behren von Senftenberg und Umgebung, sowie die Feuerwehren der Gruben waren gegenüber dem riesigen Feuer machtlos. Es wurden daher die Wehren von anderen Städten, wie Dresden und Berlin um Hilfe angegangen. Dresden schickte dann auch einen Löschzug, und von Berlin aus wurde eine Motorspritze der Hauptwache mit 2000 Meter Schlauchleitung am Freitag nach Senftenberg entsandt. Hoffentlich gelingt es nun den vereinten Anstrengungen, des großen Feuers, das schon enormen Schaden angerichtet hat, Herr zu werden.

Außergewöhnlicher Zuchterfolg im Zoo. Eines der seltensten und interessantesten Zuchtergebnisse ist im Zoologischen Garten in aller Stille eingetreten, indem auf dem Raubvogelfressen ein junger Gänsegeier von dem zwei Monate lang sich abwechselnden Elternpaar treu und sorglich ausgebrütet wurde, das ihn bis jetzt mit gelber Hingebung pflegt und füttert. Hier ist das der erste Fall seit Bestehen des Gartens. Aus früheren Zeiten sind gar keine, aus der neueren nur ganz wenige ähnliche Fälle bekannt.

Zu Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer an die Finanzämter im Wege des Postcheckverkehrs sind besondere Vorbrüche zu Zahlarten eingeführt worden. Die Finanzämter werden der erstmaligen, in diesen Tagen ergehenden Aufforderung drei Zahlarten für die Vorauszahlungen im Juli und Oktober 1922 sowie im Januar 1923 beifügen. Die Zahlarten sind auch am Schalter jeder Postanstalt erhältlich.

Fleischstücke im Pappkarton. Der Fund eines Pakets mit unheimlichem Inhalt rief heute morgen die Nordkommission der Kriminalpolizei nach der Spree. An der Ecke des Kupfergrabens und der Prinz-Friedrich-Karl-Straße wurde ein Pappkarton aus der Spree gefischt, der Fleischstücke enthielt, die in einer blauen Schürze eingewickelt waren. Man hielt den Inhalt für Teile einer Frauenleiche, und alsdann verbreitete sich das Gerücht von einem Mord und einer Leichengestückung. Der Fund wurde, nachdem die Kriminalpolizei erschienen war, nach dem Schauplatz gebracht, um dort untersucht zu werden. Es kann ebensogut anderes Fleisch sein, das als verdorben oder vielleicht auch gestohlenes in dem Pappkarton ins Wasser geworfen worden ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Wärmer, zunächst überwiegend heiler, trocken, bei mäßigen östlichen Winden. Später wieder zunehmende Bewölkung und etwas Gemütlernung.

Theater der Woche.

Vom 9. bis 16. Juli.

Wallföhner: Robert und Vertram. — **Schauspielhaus:** Die beiden Nachkommen. — **Deutsches Theater:** Potosi und Perlmutter. — **Kammerspiele:** Der Hund der Cabaretten. — **Reichstheater:** Der Schloßpottam. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderbaren Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Schiller-Theater:** Die kleine Gänsegeier. — **Gr. Schauspielhaus:** Die Waldmännchen. — **Neues Volks-Theater:** 12. Heudler, 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. Die erste Geige. — **Die Tribüne:** Der weiße Fär und die schwarze Pantoffel. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die erste Nacht. — **Romäntheater:** Orpheus. — **Berliner Theater:** Madame Jiliri. — **Trianon-Theater:** Moral. — **Reichstheater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Central-Theater:** Ein Verbrechen. — **Romische Oper:** Der Meister von Montmartre. — **Neues Operntheater:** Die Waise von Dancos. — **Italien-Theater:** Die Herren von und zu. — **Theater am Rosenplatz:** Berlioz's Traite. — **Theater des Volkens:** Jüdisches Ballett. — **Kleines Theater:** Tella der Rheide. — **Wallner-Theater:** (Geschlossen). — **Walhalla-Theater:** Er und seine Schwestern. — **Karl-Theater:** Dorus Hess. — **Neues Theater am Zoo:** Scampolo. — **Theater am Karlsruher Platz:** Das schwarze Pferd. — **Julianus Theater:** Die Gelüste und ... 7 Stück im Bett. Kauf doch nicht immer nach herum. Die folgende Kämpfe. **Rechnungsvorstellungen:** Wallföhner: 9. 15. und 16. Umlauf.

Gewerkschaftsbewegung

Der Handwerkskammerpräsident als Erzieher.

Eine der wichtigsten kulturellen Forderungen der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten ist der vielfach tariflich vereinbarte Erholungsurlaub. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich diese Forderung immer mehr und mehr verwirklicht, und je nach Machtverhältnissen oder sozialer Einsicht erhalten auch die Lehrlinge einen Erholungsurlaub. Zwar lauten die Forderungen der Jugendlichen und Lehrlinge auf zwei bis vier Wochen Ferien, in der Regel kommt jedoch bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht mehr als ein drei- bis zwölfwöchiger Urlaub heraus.

Die Arbeitgeber der Groß- und Mittelbetriebe besitzen in dieser Frage Einsicht und gewähren den Lehrlingen Ferien. Anders sieht es jedoch in den Kleinbetrieben, besonders bei Innungsmeistern, aus. Wohl soll zugegeben werden, daß hierin nicht alle Kleinmeister gleich sind, daß bei einzelnen soziale Einsicht zu verzeichnen ist, aber sührende Personen der Berliner Handwerkskammer nehmen in der Urlaubsfrage einen Standpunkt ein, der durchaus als sozial rückständig bezeichnet werden muß. Eine diesbezügliche Antwort des Handwerkskammerpräsidenten, des Herrn Eubert, auf eine Anfrage des Handwerkskammerpräsidenten lautet wie folgt:

„1. Die Urlaubsgewährung an Lehrlinge ist nichts Neues, sondern alter Handwerksbrauch. Die Lehrlinge wurden schon immer zu Familienfesten (1), zum Jahrmart (1) oder zur Kirchweih (1) ihrer Heimat auf einige Tage beurlaubt.“

2. Es liegt daher kein Grund vor, diesen Brauch zu schablonisieren oder ihn vertragmäßig festzusetzen, denn da der Lehrling im erzieherischen Alter sich befindet, widerspricht es allgemeinen pädagogischen Grundsätzen, ihm solche Urlaubsrechte ohne Rücksicht auf seinen Fleiß und sein Betragen von vornherein zuzuschreiben.“

Weil es nun aber Gewohnheitsrecht im Handwerk ist, die Lehrlinge, wie zu 1 ausgeführt worden, nach Bedarf zu beurlauben — eine Fortwirkung des Gefühls der Zugehörigkeit zur Familie des Lehrherrn —, so bedarf es keiner Neueinführung dieses Brauches im Handwerk durch die Gewerkschaften; vielmehr schließt sich die Fabrikindustrie dem Gewohnheitsrecht im Handwerk an.“

Dabei ist es selbstverständlich, daß die Urlaubsgewährung an fleißige und tüchtige Lehrlinge freigebiger erfolgen wird als an faule, widerspenstige und interesselose Lehrlinge. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle dem Lehrherrn noch zur Verfügung stehenden Erziehungsmittel beim Lehrling auch in den Dienst des Erziehungsgedankens gestellt werden müssen. Dies gilt besonders vom Urlaub. Vorkommende Härten beseitigt die Einrichtung des Beurlaubungsausschusses bei jeder Innung.“

Der Handwerkskammerpräsident scheint nicht zu wissen, daß in Berlin das Recht und Logiswissen für die Lehrlinge fast verschwunden ist, daß eine Beurlaubung zu Jahrmärkten, Familienfesten, zu Kirchweihen usw. nicht in Betracht kommt, daß für circa 33 000 gewerbliche Lehrlinge in Groß-Berlin diese vorläufigen Verhältnisse nicht gelten. Aber auch weiter amte die Antwort eine derartige Verleumdung der heutigen arbeitsmäßigen Verhältnisse und jongliert mit „pädagogischen“ Grundsätzen, daß man sich fragen muß, ob die Verfasser derartiger Gedanken noch auf ihre Kosten gehören. Offensichtlich wird angestrebt, jedem Menschen eine Ruhepause im Jahre zu gewähren, um Geist, Körper und Gemüt von dem Großstadtlärm zu erholen. Sicher weiß auch der Präsident der Handwerkskammer, im Nebenamt Besitzer eines Barbierlabens, deraufsehen zu können. Warum der unterernährten Großstadtjugend nicht auch solche Ruhepause gewährt werden soll, ist nicht ersichtlich. Aber es ist derselbe Geist, der aus den angeführten Sätzen spricht, der den Lehrlingen nur wöchentliche Kostgebühren von 25 bis 65 M. vom ersten bis vierten Lehrjahr zuspricht, für sich selbst aber, wie aus einer früheren Mitteilung des „Vorwärts“ hervorging, die Wertschätzung der eigenen Bezahlung nicht hoch genug schrauben kann.

Es ist an der Zeit, mit diesem vormärzlichen Gebaren der Handwerkskammervertreter aufzuräumen, Personen mit sozialem und kulturellem Verständnis in die Kammer zu bringen oder — sollte dies nicht möglich sein — die ganze Handwerkskammer zum alten Gerümpel zu werfen.

Wilde Streifgerüchte.

Unter der Überschrift „Jeden Dienstag Demonstrationstreif“ bringt die Abendausgabe des Stegerwald-Blattes „Der Deutsche“ vom 8. Juli eine längere Notiz, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß in den Reichsverkehrsbetrieben eine lebhaft propagierte für einen neuen Demonstrationstreif entfallen wird. Als Urheber werden die „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnarbeiter und Anwärter“ und der Deutsche Eisenbahnerverband bezeichnet. Der angebliche Demonstrationstreif soll wiederum auf einen Dienstag fallen und sich gegen die Leistung richten. Ohne auf den Inhalt der ganzen Notiz einzugehen, können wir kurz und bündig feststellen, daß an der Darstellung des „Deutschen“ kein wahres Wort ist.

Die Schutzpolizei gegen das Reichsrahmengesetz.

Die Bezirksgruppe Groß-Berlin des Preussischen Polizeibeamtenverbandes hielt am Freitagabend im Lehrervereinshaus eine Vollversammlung mit der Tagesordnung: „Die Lage der Schutzpolizeibeamten“, ab.

Hierzu sprachen Polizeioberwachmeister Dehn, Polizeimajor Bäcker und Generalstabsarzt Dr. Franke.

Polizeimajor Bäcker beklagte in seinen Ausführungen, daß alle von maßgebender Seite gegebenen Versprechungen, die Schutzpolizei in ein lebenslangliches Beamtenverhältnis zu überführen, nicht gehalten wurden und daß der Reichstag in einiger Weise das Reichsrahmengesetz für die Schutzpolizei verabschiedet habe. Auch der Deutsche Beamtenbund, an den wir uns gewandt haben, damit er unsere Forderung vertreten möge, hat versagt. Der Redner geht dann auf die Uneinigkeit zwischen den bestehenden Organisationen der Schutzpolizeibeamten näher ein, die zum guten Teil verheißt, daß ein Reichsrahmengesetz in der jetzigen Fassung zur Annahme gelangen könnte. Die Einheitsfront für die Organisationen der Schutzpolizeibeamten müsse geschaffen werden, wenn etwas für die Schutzpolizei erreicht werden solle. (Lebh. Beifall.)

Oberwachmeister Dehn: Die Erfahrung habe gezeigt, daß man auf Versprechen nichts geben könne. Einerseits werde der Schutzpolizeibeamte als Beamter, in dem Angestelltenverhältnis aber als Soldat behandelt. Als Beispiel für die ganz unzureichende Besoldung führte der Redner an, daß ein vierzigjähriger Polizeibeamter, der fünf uneheliche Kinder zu versorgen habe, ein Monatsgehalt von 4800 M. beziehe. Es sei doch unmöglich, damit auszukommen. (Lebh. Beifall.)

Dr. Franke: Die Einheitsfront der Schutzpolizeibeamten sei gescheitert an der Hartnäckigkeit einzelner Führer, die über der Organisation stehen wollen. Die Beamtenchaft werde über die Köpfe der Führer hinweg die Einheit herstellen müssen. Der bevorstehende Reichsverbandstag werde zu prüfen haben, was zu tun ist, unsere Forderungen zur Durchführung zu bringen. Trotz der ungesicherten Existenz und ihrer Kostlage werde die Schutzpolizei sich treu in den Dienst der Republik stellen und für den Gedanken des neuen deutschen Volksstaates eintreten. (Großer Beifall.)

In der folgenden Aussprache nahmen Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der bestehenden beiden Organisationen der Schutzpolizei den breitesten Raum des Abends ein. Es kam aber aus allen Mäulern ein verständlicher Ton und der ernste Wille zu einer Verständigung heraus. Keine Minute dürfte mehr verstimmt werden um diese zu erreichen.

Am Schluß der Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: „Wir sind noch wie vor gezwungen, am Aufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken, Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und die verfassungsmäßige Regierung mit allen Mitteln zu stützen. Wir verlangen aber die Einbeziehung in das Berufsbeamtenamt und sehen eine Sonderstellung und jeden Vergleich mit der Reichswehr grundsätzlich ab.“

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe.

Trotz wiederholtem Eingreifen der Reichsregierung haben die Buchdruckerbeisitzer an ihrem ablehnenden Standpunkt hartnäckig festgehalten. Auch die Verhandlungen, die heute vormittag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind gescheitert. Die Regierung hat sich nun entschlossen, der unhaltbar werdenden Situation durch Fällung eines Schiedspruches ein Ende zu machen. Wie wir erfahren, wird heute nachmittag im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt werden, der sofort als rechtsverbindlich erklärt werden wird. Wir werden sehen, ob die Unternehmer ihre reaktionäre Katastrophepolitik dann noch aufrechtzuerhalten werden können.

Dachdecker und Berufsangehörige der Stundenlohn der Dachdecker beträgt ab 1. Juli 1922: 36 M., der Hilfsarbeiter 34,20 M. Der Wochenbeitrag von der 27. Woche 27 M.

Der Vorstand: J. A.: Richard Stolzenhain.

Der italienische Metallarbeiterstreik beigelegt.

Mailand, 8. Juli. (E. P.) Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie der Lombardie hat durch die Vermittlung der Regierung in Rom eine Verständigung erzielt werden können, wodurch auch der Solidaritätsstreik in der Metallindustrie in ganz Italien beigelegt wurde.

SPD-Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Allgemeine Versammlung am Dienstagabend 7 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstr. 11/12. Tagesordnung: Die bevorstehende Wahl des 1. Beauftragten unserer Verwaltungskasse Berlin. Verbandsbuch und Parteibuch legitimieren.

Verantwortl. für den reboll. Teil: Franz Klübs Berlin-Lichterfelde; für die Anzeigen: H. Glöck, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
10 billige Tage vom 1.-12. Juli in Herren-, Jüngl.- u. Knabenkleidung
— nur einmal im Jahre —

Neues Operettenhaus
Schöneberg, Hauptstraße 144
nahe Potsdamer Straße
Anfang 8 Uhr
Der größte Weiterkeitserfolg
Senta Söneland
in
Hohheit — Frau Hirsch
„Vorwärts“ - Ceier zahlen gegen Rückgabe dieses Zertifikats bis 9. Juli an der Abendkasse von 6½ Uhr an
1. Barfakt . . . 10 M.
Parteilich . . . 20 „
Dedellierig . . . 30 „

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Einmalige volkstümliche Vorstellung zum ermäßigten Preise:
I. Rang - 50 Mark
nur Montag, 10 Juli
Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler
in 42 Bildern.
1-4 Karten gegen Abgabe dieser Anzeige an der Abendkasse.

Saison-Ausverkauf
zu herabgesetzten Preisen
Kleider in Vell, glatt und gemustert, Rippe und Frotte 495⁰⁰ bis 2500⁰⁰
Kleider in Cheviot, Popeline und Gabardin 450⁰⁰ bis 3900⁰⁰
Blusen in Jalet-, Jumper- und Heandformen 59⁵⁰ bis 875⁰⁰
Mäntel in Donegal, Covercoat, Tuch und Impégniert 575⁰⁰ bis 2750⁰⁰
Kostüm-Röcke in gestr., kariert, und glatten Cheviot und Gabardin 295⁰⁰ bis 950⁰⁰
Kostüm-Röcke in Leinen-Imit., glatt und gestr. und Front 97⁵⁰ bis 675⁰⁰
Strickjacken Keine Wolle in schönsten Farben 675⁰⁰ bis 1500⁰⁰

+ Geschlechtskranke +
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, Hartnäckige veraltete Auslässe finden schnelle Hilfe ohne Herabsetzung durch
Phorosanos
neues deutsches Reichspatent
Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, werden durch Phorosanos kurzfristig geheilt. Täglich viele Dank- und Lobesurkunden, Untersuchen und Auslieferung kostenlos. Teilzahlung. Gewissenhafte ärztliche Leitung. **Phorosanos Heilanstalten:** Potsdamer Str. 109, nahe Siegitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenhaer Platz. — Getrennt für Herren und Damen. — Spre: hat. 10-1, 4-7, Sonntags 10-12.

Warum beselligen **Rheumatismus** Sie Ihren nicht durch **Kräuter-Gelb**
In Apotheken! Preis 1/2 Mark!
A. Dorfstecher & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.
Hauptvertriebsstelle für Berlin:
Elefant-Apotheke, S.W., Leipziger Straße 74

Seit 70 Jahren
1st San.-R. **Haussaibe** bei Haut-Dr. Strahl'sches ausschl., Flechten, Heil- und Krampfadern-geschwären, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel. Original-Dose 2,- und 4,- M.
Elefanten-Apotheke
Berlin SW 213, Leipziger Str. 74, Dönhofspl.

Gold- u. Silber-Bruch
Brillanten etc.
zählt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufsgesellschaft
Kopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12 (Spittelmarkt)
Zähne von 20 M. Teilzahl. 3) Gar. Kronen an 50 M., Zahn- u. Einspr. u. schmerzlos. Umarm. schneid. Geb. Ing. u. Zahnarzt Dr. Wolf, Potsdamer Str. 55, Badstr. 11. Jan. 3-7

Wintermäntel und Katzenjacken neu eingetroffen
Große Auswahl :: Reelle Bedienung
Elegant
Inh. Hermann Perl
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 46

Werner
Kinderwagen & Wohnhaus
Andreasstr. 23
an Platz
Brunnenstr. 95
Beusselstr. 57
Leipzigerstr. 54
Neub. Str. Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24

Zinn-Bruch
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Zinn, Kupfer, Platin usw.
auf 1/2 Engrospreise
Scharow, Lange Str. 35
an Lohmanns Laden
Lange Straße 32, Laden.

Gold Silber Platin
Zahngelbisse
Erich Fuhrmann
Goitzkowskystr. 13
Perser Teppiche
Klavieren, Fingel
Kocher Tage- u. Nacht
Korn, Füllhorn, 1. Ref. 3104

Möbel noch billiger!
in großer Auswahl
Bar od. Teilzahlung
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141
Invalidenstr. 5, 6, 7, 8, 9
Liefere auch auswärts
Entlasten brauner Tadel auf Sienermarke Bad Nauheim mit „Perser“ hörend. Gegen hohe Belohnung abzugeben. Möbler, Potsdamerstraße 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.